



Hartmannbund-Hauptversammlung 2019

Beschluss Nr. 8

Gewalt gegen Ärzte und in Gesundheitseinrichtungen: Gesetzesinitiative auf alle Beschäftigten im Gesundheitswesen ausweiten

Der Hartmannbund fordert den Gesetzgeber auf, den von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn angekündigten Gesetzentwurf zur Eindämmung gewalttätiger Übergriffe in Notaufnahmen auf alle Beschäftigten und Einrichtungen im Gesundheitswesen auszuweiten.

Begründung:

Es ist richtig, Gewalt gegen Rettungskräfte gesondert zu ahnden. Einer Studie von Kriminologen der Ruhr-Universität Bochum zufolge wurden im Jahr 2017 92 Prozent der Rettungskräfte in Nordrhein-Westfalen angepöbelt, 26 Prozent wurden Opfer körperlicher Übergriffe. Dies ist angesichts der Tatsache, dass der Einsatz zur Rettung von in Not geratenen Menschen nicht hoch genug geschätzt werden kann, untragbar.

Die Bundesärztekammer hat jedoch zu Recht festgestellt, dass auch außerhalb der Notfallversorgung Ärztinnen und Ärzte von Gewalt betroffen sind. Einer Studie des Deutschen Ärzteblattes zufolge sind 91 Prozent der Hausärzte bei der Arbeit Opfer von aggressivem Verhalten geworden. Eine weitere Untersuchung kam zu dem Ergebnis, dass jeder vierte Arzt schon einmal körperlich angegriffen oder physisch bedroht worden ist. Fast 40 Prozent der Ärzte berichten zudem über verbale Gewalt in den letzten zwölf Monaten.

Es ist daher geboten, die geplante Gesetzesinitiative nicht allein auf die Notfallversorgung zu beschränken, sondern auch auf An- und Übergriffe gegen alle im Gesundheitswesen Tätigen auszuweiten.

Berlin, 9. November 2019